

# Nachrichten aus Brüssel

## Bleibt alles beim Alten?

Bei der Europawahl wurden die 751 Abgeordneten des Europäischen Parlaments zum neunten Mal direkt gewählt. Wahlgewinner sind europakritische Kräfte, die vor allem in Süd- und Osteuropa deutlich an Zulauf gewonnen haben. Allerdings reichen die Stimmenzuwächse nicht aus, um die Mehrheit der pro-europäischen Parteien zu gefährden. Diese vereinen fast 70 Prozent aller Mandate.

Europaweit behauptete sich die Europäische Volkspartei (EVP) trotz Verlusten mit einem Stimmanteil von 23,97 Prozent (179 Sitze) als stärkste Kraft. Die Sozialdemokraten (S&D) verloren ebenfalls und kamen auf 19,44 Prozent (153 Sitze), gefolgt von den gestärkten Liberalen mit 14,51 Prozent (105 Sitze). Es folgten die Grünen mit 9,19 Prozent (69 Sitze) und die Europäischen Konservativen mit 7,86 Prozent (63 Sitze). Die beiden rechtspopulistischen Fraktionen Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFFD) und Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) kommen auf 7,72 Prozent (58 Sitze) beziehungsweise 7,19 Prozent (54 Sitze). Die Postkommunisten erreichen 5,19 Prozent (38 Sitze). 32 Abgeordnete sind fraktionslos oder gehören Parteien an, die erstmals ins Europäische Parlament gewählt wurden und offiziell noch keiner Fraktion zugerechnet werden können.

Damit sind die beiden großen Fraktionen künftig auf die Kooperation mit Liberalen und Grünen angewiesen. Ein erster Test wird die Wahl des künftigen Kommissionspräsidenten sein. Einen Fraktionszwang wie im Deutschen Bundestag gibt es auf europäischer Ebene nicht. In manchen Fällen überlagern zudem nationale Interessen parteipolitische Erwägungen. Offen ist, ob die drei rechtskonservativen und rechtspopulistischen Fraktionen, die es gemeinsam auf 175 Sitze bringen könnten, zusammenarbeiten werden. Im Falle des EU-Austritts Großbritanniens würde sich die Zahl der Abgeordneten auf 705 reduzieren.

## Keine Sonderregeln für Dentalketten

Auf der Frühjahrsvollversammlung in Wien haben sich die Delegierten des Dachverbandes der europäischen Zahnärzte, des Council of European Dentists (CED), dafür aus-

gesprochen, dass nicht nur der einzelne Zahnarzt, sondern auch Dentalketten als juristische Personen den gleichen berufsrechtlichen Regeln unterworfen sein müssen. Nur so sei eine einheitliche Fachaufsicht zum Schutz der Patienten sichergestellt.

Der aus Italien stammende Präsident des CED, Dr. Marco Landi, betonte, er beobachte mit Sorge das wachsende Engagement von Finanzinvestoren, deren Hauptziel die Gewinnmaximierung sei. Aus Landis Sicht besteht die Gefahr, dass diese Entwicklung zulasten der Versorgungsqualität geht und sich damit gegen die Interessen der Patienten wendet. Bei der nächsten CED-Vollversammlung soll daher eine Resolution verabschiedet werden, wonach alle zahnärztlichen Einrichtungen, ungeachtet ob Einzelpraxis oder Dentalkette, dem gleichen Berufsrecht und – soweit vorhanden – der Kontrolle der zuständigen Zahnärztekammern unterliegen müssen, um eine gute Qualität der Patientenversorgung sicherzustellen.

Weitere Schwerpunkte der Beratungen in Wien waren aktuelle gesundheitspolitische Entwicklungen auf europäischer Ebene und die Auswirkungen des EU-Binnenmarktes für Dienstleistungen auf die zahnärztliche Versorgung. Inhaltlich knüpfte der CED an die Umsetzung der im vergangenen Jahr verabschiedeten EU-Richtlinie für eine Verhältnismäßigkeitsprüfung von Berufsrecht sowie die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Werbung von Zahnärzten an. Die Delegierten verabschiedeten zudem das Weißbuch „Prävention in der Zahnmedizin“ und eine Stellungnahme zu (Zahn-)Arztbewertungsportalen im Internet.

Kritisch äußerte sich der CED zur schleppenden Umsetzung des neuen EU-Rechtsrahmens für Medizinprodukte. Die Verzögerungen könnten dazu führen, dass es ab Mitte 2020 zu Problemen bei der Versorgung mit Dentalmaterialien kommt.

Dr. Alfred Büttner  
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK